

KARIKATUR DER WOCHE



Populismus ist keine Krankheit

Populär ist, was Menschen brauchen: Sicherheit, Einkommen, ernst genommen zu werden. Parteien links der Mitte, Unternehmen, Universitäten und internationale Organisationen müssen sich fragen: Was haben wir seit dem Ende des Kalten Krieges falsch gemacht? Gastkommentar von Toni Stadler

Amerikanische «Liberals» und europäische «Fortschrittliche» sind seit dem 20. Januar sprachlos. Der Aufstieg Trumps ins Napoleonische («break all rules») und des Populismus in Europa hat mit ihrer falschen Prioritätensetzung zu tun. Zu lange sind die Erfolge der Bürgerrechtsbewegung, Gleichstellung der Geschlechter und Hautfarben, Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen, oft pedantisch kultiviert und politisch bewirtschaftet worden. Für Trumps Wähler ging dies auf Kosten der «Normalen». Die von «Liberals» besetzte Unterhaltungs- und Kulturszene der USA – in Europas Metropolen eifrig kopiert – ist urban. Schräges, Randständiges dominieren, ihr Blick aufs Land dagegen zeigt Rückständiges oder Skurriles. So überlässt Kultur die Provinz den Country-Musikern und Wrestlern. Was aber hält eine Gesellschaft zusammen, wenn Kultur und Unterhaltung nichts mehr dazu beitragen?

Verpönter Profit

Das gilt auch für die Wissenschaft: Es gab eine Zeit, da bestimmten Hochschulen, was wahr, wichtig und richtig ist. Zwar meist in gestelzter Sprache, doch professionelle Journalisten und Lehrer übersetzten für Laien. Heute wird auf sozialen Plattformen frech erfunden, behauptet, gelogen. Influencer, meist ohne Kompetenz und Methodologie, haben mehr «Follower» als Universitäten. Darauf finden die Hüter wissenschaftlichen Denkens bis heute keine Antwort.

Vielleicht gibt es keine, dafür Gründe für die Verwundbarkeit von Hochschulen, nicht nur von Harvard. Zu lang haben sich (vorab die weichen) Wissenschaften hinter der Freiheit von Lehre und Forschung versteckt, guteistige Studien aufgebläht, die einer Mehrheit nichts bringen. Zu oft diente die Freiheit der Studienwahl den Kindern Wohlhabender, mit irgendeinem Studium an den Werkträgern vorbei in die Liga der Gutverdienenden aufzusteigen.

Gleichzeitig spaltet das Schlechtreden des privaten Profits durch Linksparteien und Kirchen die Gesellschaft und ist mit ein Grund für den Anstieg des Populismus auf dem Land. Die Schelte setzte um 1980 ein, als Kinder der Babyboomer im Sozialstaat interessante Arbeitsplätze für Studierende fanden. Die im inzwischen verflossenen Sozialismus wurzelnde Feindseligkeit gegenüber dem Profit hat selbst den Zusammenbruch der Sowjetunion überlebt. Die These «Nonprofit ist gut, Profit ist schlecht» trennt «fortschrittliche» Staatsangestellte beidseits des Atlantiks von «gestrigen» Privatwirtschaftlern. Im Mekka der Demokraten, New York, wollen zwar nur noch wenige den Kapitalismus «überwinden», doch gilt es als unfein, für einen Konzern oder eine Bank zu arbeiten. Seine Jungen schickt man lieber in die Liberal Arts, die Geistes- oder Sozialwissenschaften, was unvermeidlich zu einer behaglichen Staatsstelle führt. Auch in Zürich, Paris oder Berlin wollen sich immer weniger Junge am «Rattenrennen» für den Profit beteiligen. Schon gar nicht bei multinationalen Konzernen (in China das Ziel der Ambitiösen).

Bei libertären IT-Unternehmen und amerikanischen Ölkonzernen, die weder national noch global reguliert sein wollen, ist Skepsis verständlich. Aber bei den anderen? Man misstraut dem, was man nicht kennt. Die meisten Mitläufer der Anti-Konzern-Lobby wissen nicht, dass seriöse Unternehmen zum Schutz ihrer Reputation permanent an menschlicheren Arbeitsbedingungen entlang ihrer Lieferketten arbeiten und mit grüner Produktionsweise fossile Energie einsparen.

Profit – richtig besteuert – ist keineswegs nur Ausbeutung, wie Marx es sah, sondern Anreiz und Zwang zu Effizienz, Kapitalbildung und Innovation. China und die erfolgreichen Schwellenländer wurden dank der Abschaffung der Nonprofit-Idee gross. Die Mehrheit der Trump-Wähler sind Bauern und Kleingewerbler, welche ihre Existenz verlieren, wenn der Profit ausbleibt, etwa weil die Städ-

ter kein Fleisch mehr essen. Sie fühlen sich vom Stadtvolk ausgenutzt und moralisch ausgegrenzt. Trump hat das früh erkannt und zu seinem Wahlprogramm gemacht.

Blanker Egoismus

Dass Parteien, die nicht in den Internationalismus passen, während der vergangenen Jahrzehnte als Populisten gebrandmarkt wurden, war ein Fehler. Nichts an der Kritik des Freihandels, der irregulären Migration oder der Dominanz von städtischen Eliten ist anrühlich. In den Gründerjahren der liberalen Demokratie (USA 1776, Schweiz 1848) galt es als Tugend, wenn Parlament und Regierung auf das Volk hörten und den Gewählten auf deren Finger schauten.

Populismus ist keine Krankheit, aber im schlechten Fall eine schädliche Nutzung der Volksmehrheit. Es gibt ihn links wie rechts – und auch zunehmend in einer libertären Ausprägung. Gemeinsam sind den Anführern ein übertriebenes Selbstbewusstsein und der Personenkult, prosperierende Volkswirtschaften hinterlassen Populisten aber selten. Ein Dorn im Auge sind ihnen die liberalen Leitplanken, welche das autokratische Regieren verhindern sollten: Checks and balances, unabhängige Gerichte, freie Medien. Neu an Trumps Populismus ist seine offene Bereitschaft (oft nur rhetorisch), internationales Recht zu brechen: die Uno-Charta im Fall Kanada und Grönland, die Genfer Konventionen zum Schutz der Zivilbevölkerung durch fast kritikloses Akzeptieren der Kriegsführung Israels in Gaza oder Russlands in der Ukraine.

Mit einem Federstrich verliessen die USA das Klimaabkommen; für den Bruch mehrerer Handelsverträge brauchte es nicht einmal ein präsidiales Dekret. Man reibt sich die Augen ob des mickrigen Protests der Verantwortlichen für die Einhaltung internationalen Rechts bei WTO, Uno oder IKRK. Falls es bisher Widerstand gab, kam er vom Obligationenmarkt, von China und (zaghaft) aus Brüssel. Dass es so weit kommen konnte, hat mit unserem blinden Vertrauen in europäische Soft Power und in die (lange Zeit) aussenpolitische Gutmütigkeit der Weltmacht zu tun. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, als die bis dahin zweigeteilte Welt in eine liberale Marktwirtschaft zu verschmelzen schien, wurde es verpasst, das Neue mit einem allgemein akzeptierten Inhalt zu füllen. Die Lücke füllten Populisten mit Nation, Patriotismus und in den USA mit blankem Egoismus.

Trumps geoökonomischer Raubzug dürfte Nachahmer finden. Anders als die inklusive Schweiz schafften die meisten Demokratien bisher die Einbindung des Populismus in den liberalen Rechtsstaat nicht. Wenn es um die Tugend, dem Volk zuzuhören, geht, darf die EU durchaus populistischer werden.

Toni Stadler ist Historiker und Publizist. Er hat 25 Jahre beim IKRK, bei der Uno, der OECD, der Schweizer Auslandhilfe in Asien, Nahost und Afrika gearbeitet.